



Ein Jahr nach dem bahnbrechenden Erfolg: Indische Bäuer*innen wollen ihre Proteste wieder aufnehmen

Snigdhendu Bhattacharya, 28.11.2022

Die Bäuer*innenorganisationen, die die Modi-Regierung zu ihrer größten Niederlage gezwungen haben, gehen wieder auf die Straße und beklagen gebrochene Versprechen. Im Zentrum der aktuellen Proteste stehen Forderungen zu Mindestpreisen für landwirtschaftliche Produkte. Allerdings ist umstritten, ob diese allein die Situation aller Bäuer*innen entscheidend verbessern können.

Bei einer Versammlung von einigen tausend Bäuer*innen im Zentrum von Kolkata, der Hauptstadt des ostindischen Bundesstaates Westbengalen, erklärte ein Redner nach dem anderen, dass der 26. November in mehrfacher Hinsicht ein historisches Datum sei: "Am 26. November 1949 wurde die indische Verfassung unterzeichnet, und am 26. November 2020 begann die bahnbrechende Demonstration von Bäuer*innen in Delhi. Der heutige 26. November 2022 markiert nun den Beginn der nächsten Phase dieser großen Bewegung", sagte Avik Saha, Mitglied des nationalen Koordinierungsausschusses der Samyukta Kisan Morcha¹ (SKM), dem Dachverband von rund 40 bäuerlichen Organisationen, der die Veranstaltung organisiert hatte.

In insgesamt 25 indischen Bundesstaaten, hatte der Dachverband SKM Ende November 2022 Kundgebungen veranstaltet, um dem jeweiligen Gouverneur eine Erklärung zu übergeben, in der der Unionsregierung der Bruch von Versprechen vorgeworfen wird. Die Gouverneure, die als Vertreter der Zentralregierung in Delhi fungieren, wurden aufgefordert, diese Erklärung an den indischen Staatspräsidenten weiterzuleiten.

Auf der Versammlung in Lucknow, der Hauptstadt des nordindischen Bundesstaates Uttar Pradesh, rief Rakesh Tikait, ein prominenter Vertreter der Bauernorganisation Bharatiya Kisan Union (BKU), die Landwirt*innen dazu auf, sowohl ihre Traktoren als auch Twitter zu nutzen, um in der kommenden Runde ihres Kampfes erfolgreich zu sein.

¹ Samyukta Kisan Morcha ist ein Zusammenschluss von Bäuer*innenorganisationen, um die Proteste in Delhi seit 2020 zu organisieren (Anmerkung des Redaktionsnetzwerks Südasiens).

Dies war die erste große Protestaktion der SKM (in diesem Jahr) seit ihrem historischen Sieg vor einem Jahr, als die indische Regierung unter Narendra Modi einlenkte und drei umstrittene Landwirtschaftsgesetze aus dem Jahr 2020 aufhob. Dieser Entscheidung der Modi-Regierung – oft als die größte Niederlage seit ihrer Machtübernahme im Jahr 2014 betrachtet, gingen ein Jahr lang Demonstrationen von Zehntausenden von Bäuer*innen in der indischen Hauptstadt Neu-Delhi, der indischen Hauptstadt voraus, die von manchen als der "größte Protest der Weltgeschichte" bezeichnet wurden. Die Demonstrant*innen zogen erst im Dezember 2021 ab, nachdem die Gesetze im Parlament formell aufgehoben worden waren und die Regierung schriftlich zugesichert hatte, die anderen Forderungen der Bauern zu berücksichtigen. Doch weil die Regierung auf diese weiteren Forderungen nicht eingegangen sei, beschloss der SKM am 14. November dieses Jahres, die Demonstrationen wieder aufzunehmen. Als einen ersten Schritt sollen im Dezember Protestmärsche zu den Wohnungen der Parlaments- und Landtagsabgeordneten der verschiedenen Parteien folgen, um sie aufzufordern, die nicht eingehaltenen Versprechen im indischen Unterhaus (Lok Sabha) und Oberhaus (Rajya Sabha) zur Sprache bringen.

"Die Regierung hat ihre Versprechen zu einem gesetzlich garantierten Mindestpreises (Minimum Support Price / MSP) für alle Feldfrüchte, für einen umfassenden und wirksamen Darlehensverzichts und für ein landwirtschaftliches Versicherungssystem, zur Änderung des Elektrizitätsgesetzes von 2020, zur Verabschiedung einer Rente für Bäuer*innen, zur Rücknahme aller Polizeiverfahren, die während der Sitzblockaden gegen die Beteiligten eingeleitet wurden, und zur Entschädigung der Familien von etwa 700 Bäuer*innen, die während der Proteste starben, nicht eingehalten. Wir müssen die Bewegung wiederbeleben", sagte Hannan Mollah gegenüber The Diplomat. Er ist Generalsekretär der All India Kisan Sabha (AIKS), des Bauernflügels der Kommunistischen Partei Indiens (Marxisten), die sich selbst als Indiens größte Bäuer*innenorganisation bezeichnet. Die AIKS ist ein wichtiger Bestandteil des SKM. "Nach unseren Schätzungen gingen am Samstag landesweit fünf Millionen Menschen auf die Straße. Wir werden über das weitere Vorgehen entscheiden, nachdem wir die Proteste vom Samstag und andere Programme auf unserer nächsten Sitzung am 8. Dezember ausgewertet haben", sagte er.

Die Organisator*innen setzen darauf, dass die Wiederbelebung ihrer Bewegung politische Konsequenzen haben wird, da in etwas mehr als einem Jahr Parlamentswahlen anstehen. Ein anderer SKM-Sprecher, der anonym bleiben will, kündigte an, dass auf den nächsten SKM-Sitzungen erörtert werden soll, ob die die SKM-Führung die Inder*innen zur Abwahl der BJP-Regierung auffordern sollte. Sprecher*innen der regierenden Bharatiya Janata Party (BJP) lehnten jeden Kommentar zu den Protesten und den Vorwürfen der SKM ab. Anil Baluni, der nationale Medienbeauftragte der Partei und Mitglied des Rajya Sabha, des Oberhauses des Parlaments, antwortete nicht auf Fragen, die per E-Mail und WhatsApp geschickt wurden. Rajkumar Chahar, Vorsitzender des Bauernflügels der BJP und Mitglied der Lok Sabha, des Unterhauses des Parlaments, reagierte ebenfalls nicht. Ein Sprecher sagte unter Wahrung der Anonymität, dass die Angelegenheit "von hochrangigen Mitgliedern der Regierung beobachtet wird".

Die sich immer weiter verschärfende Krise der indischen Landwirtschaft und ihre Ursachen sind Gegenstand zahlreicher Debatten in Politik und Wissenschaft. Die Krise spiegelt sich vor allem in sinkenden Einkommen, Ernteverlusten und der Verschuldung der Bäuer*innen wider. Die wirtschaftlichen Probleme haben zu zahlreichen Suiziden von Bäuer*innen geführt.

Die Auswirkungen des Klimawandels zeigen sich in einem Anstieg der Durchschnittstemperaturen in Indien, häufigeren extremen Regenfällen, längeren Trockenzeiten und verfrühten Regenfällen. Dies hat die Probleme noch verschärft, da die Produktion wichtiger Getreide wie Reis, Weizen und Mais zurückgeht. Es wird geschätzt, dass die Weizenproduktion in mehr als einem Viertel der ländlichen Gebiete Indiens aufgrund der steigenden Temperaturen weiter sinken wird.

In einem Bericht mit dem Titel "10 New Insights into Climate Science 2022" (<https://10insightsclimate.science/>), der während der Klimakonferenz COP27 in Ägypten veröffentlicht wurde, wird außerdem darauf hingewiesen, dass der

Gletscherrückgang im Himalaya die Wasserversorgung bedroht und damit insbesondere bei Dürre die Anfälligkeit der Landwirtschaft weiter erhöht.

Während sich eine Verschärfung der Agrarkrise abzeichnet, ist es strittig, ob der von der Regierung geplante Mindestpreis für alle landwirtschaftlichen Produkte ein solches Problem, das mit einer Vielzahl von Faktoren zusammenhängt, lösen kann. Als Reaktion auf die Forderungen des SKM setzte die Modi-Regierung im Juli 2022 ein 29-köpfiges Gremium ein, "um eine organische Landwirtschaft ohne externe Kosten zu fördern, den Anbau unter Berücksichtigung der sich ändernden Bedürfnisse des Landes zu verändern und das Mindestpreissystem effektiver und transparenter zu gestalten." Das Gremium, in dem auch drei Mitglieder des SKM vertreten sein sollten, wurde von der SKM jedoch boykottiert, weil die Regierung habe es vorrangig mit regierungsnahen Agrarwissenschaftler*innen und Bäuer*innenorganisationen besetzt habe. Das Gremium hat seither drei Sitzungen abgehalten, aber noch keinen Bericht vorgelegt.

Im August hat Raghav Chadha, Mitglied der Rajya Sabha und Vorsitzender der Oppositionspartei Aam Aadmi Party (AAP) einen Gesetzentwurf in das Oberhaus eingebracht, der einen gesetzlich garantierten Mindestpreis vorsieht. Bislang gab es darüber jedoch noch keine Debatte, geschweige denn eine Abstimmung.

Der SKM hofft, die politische Atmosphäre der näher rückenden nationalen Wahlen nutzen zu können. Beobachter*innen sind jedoch der Ansicht, dass die Verhandlungsmacht des SKM seit dem Wahlsieg der BJP bei den Regionalwahlen im vergangenen Jahr abgenommen hat, was es der Regierung Modi ermöglicht, sich Zeit zu lassen. Ein Problem, so die Analyst*innen, sei, dass die Bewegung hauptsächlich die Interessen der Landwirte in Punjab, Haryana und dem westlichen Uttar Pradesh vertritt – die Regionen, in denen die Agrarmodernisierung („grüne Revolution“) erfolgte. Zudem sei ein Einfluss der Proteste auf die Wahlen nicht erkennbar gewesen. Ajay Gudavarthy, Kolumnist und Professor für Politikwissenschaft an der Jawaharlal Nehru University in Neu-Delhi, hält die jüngsten Aktionen des SKM denn auch eher für einen Versuch, Zugeständnisse von der Unionsregierung für die Bäuer*innen zu erhalten, als den Anstoß für eine Bewegung, die auf die Absetzung der Regierung Modi abzielt. Er bezweifelt, dass die Bewegung der BJP noch vor den Parlamentswahlen 2024 gefährlich werden kann. "Es war überraschend, aber die Bäuer*innenbewegung hatte trotz des Todes von mehr als 700 Demonstrant*innen nur sehr geringe Auswirkungen auf die Parlamentswahlen in Uttar Pradesh zu Beginn 2022. Die Bauern wählten wieder die BJP", sagte Gudavarthy gegenüber The Diplomat. "Es ist ein sehr bezeichnendes und interessantes Phänomen, dass die überwiegend hinduistischen Bäuer*innen in Nordindien in wirtschaftlichen Fragen die Politik der BJP-Regierung bekämpfen, während sie in sozialen Fragen mehrheitlich auf deren Seite stehen."

Er führte diesen Trend auf die anhaltenden "antimuslimischen Vorurteile" der Jat-Gemeinschaften² zurück, die in Haryana und im westlichen Uttar Pradesh leben. "Sie wählen aus sozialen und nicht aus wirtschaftlichen Gründen, und das wirft die Frage auf, ob es eine dauerhafte Entkopplung zwischen Wirtschaftspolitik und Wahlverhalten gibt", sagte er. Bei den Wahlen in Uttar Pradesh zu Beginn dieses Jahres kehrte die BJP mit einem gewaltigen Mandat an die Macht zurück, auch im westlichen Teil des Staates, der zum Kernland der Bewegung gehört. Auf den größten Bundesstaat Indiens entfallen fast 15 Prozent der indischen Unterhaus-Sitze. Die Auswirkungen auf die Wahlen in Punjab und Haryana können nicht bemessen werden, da die BJP in Punjab nur eine geringe Rolle spielt und in Haryana erst im Jahr 2024 wieder gewählt wird.

² Traditionelle Landwirtschaft betreibende Gemeinschaft

Auch der Agrarwissenschaftler G.V. Ramanjaneyulu vom unabhängigen Zentrum für nachhaltige Landwirtschaft in Hyderabad bezweifelt, dass die SKM-Bewegung, für die ein Mindestpreis für alle landwirtschaftlichen Produkte ganz oben auf der Forderungsliste steht, die wirtschaftlichen Interessen der Mehrheit der indischen Bäuer*innen repräsentiert.

Seiner Meinung nach ist ein Mindestpreis nur dann wirksam, wenn es auch ein staatliches Aufkaufprogramm gibt. Da staatliche Institutionen Reis und Weizen vor allem in Punjab und Haryana kaufen, profitieren die Bäuer*innen in anderen Bundesstaaten nicht von einem Mindestpreis dafür. Daher kann es sein, dass das Thema bei ihnen keinen Anklang findet. "Obwohl es der Bewegung gelungen ist, die Regierung zur Aufhebung von drei Gesetzen zu zwingen, ist es ihr nicht gelungen, eine Verbindung zu den Bäuer*innen im ganzen Land herzustellen, weil sie keine angemessene Lösung für die ganze landwirtschaftliche Bevölkerung anbieten", so Ramanjaneyulu.

Ebenso sei ein besserer Zugang zu institutionellen Krediten für Kleinbäuer*innen eine bessere Lösung als die Forderung nach einer Streichung von Kreditschulden, da die Mehrheit der Kleinbäuer*innen von Krediten privater Geldverleiher zu hohen Zinssätzen abhängig sei und ein staatlicher Schuldenschnitt ihnen daher nicht hilft. "Wenn es um die Einkommenssicherheit der Bäuer*innen geht, sind direkte Einkommensbeihilfen in Form von jährlichen oder halbjährlichen Bargeldtransfers eine bessere Option für alle Regionen. Wenn die Regierung die Preise für alle Produkte festlegen würde und nur dann eingreift, wenn der Preis für ein Produkt unter das Minimum fällt, und die Bäuer*innen für die Differenz entschädigt, würden sehr viel mehr Bäuer*innen profitieren. Solche Vorschläge wären für einen erheblich größeren Teil der bäuerlichen Bevölkerung attraktiv", sagt er.

Die SKM-Führung erklärt, dass ihr die Unzulänglichkeiten ihrer Bewegung bewusst seien und überprüft würde, welche Strategien geeignet sind. Ein SKM-Sprecher, der nicht namentlich genannt werden wollte, ergänzte, es sei zudem geplant sei, die Zusammenarbeit mit indischen Oppositionsparteien zu verstärken. Sie sollten dazu gebracht werden, in den Bundesstaaten, in denen sie an der Regierung sind, Schritte einzuleiten, um die Interessen der Bäuer*innen zu schützen, und das Thema zu nutzen, um die Zentralregierung in Delhi unter Druck zu setzen.

Übersetzung: Uwe Hoering

Der Autor

Snigdendu Bhattacharya, Autor von zwei Sachbüchern über Indiens Ultralinke und über die hinduistische Rechte, schreibt über Indiens Politik, Umwelt, Menschenrechte und Kultur.

Quelle

Der Beitrag erschien am 28. November 2022 in *The Diplomat*

<https://thediplomat.com/2022/11/1-year-since-landmark-victory-indian-farmers-plan-to-revive-stir/>

V.i.S.d.P.:

Jean Donauer

c/o Bundeskoordination Internationalismus (BUKO)

Sternstr. 2

20357 Hamburg

speak.up@globe-spotting.de

www.globe-spotting.de

Hrsg.: Redaktionsnetzwerk Südasien

Speak Up! ist eine Medieninitiative des unabhängigen

Redaktionsnetzwerks Südasien in Kooperation mit

dem Themendienst Globe spotting

